



Institut für Rechtsicherheit

institutfuerrechtsicherheit.wordpress.com

Institut nach Art. 25 GG - A/RES/53/144 - Art. 16

Vereinte Nationen - Resolution der Generalversammlung

European Commission EuropeAid-ID: DE-2016-GLL-3103580692

HAFTBEFEHL

gegen alle Bediensteten im öffentlichen Dienst incl. POLIZEI

Rechtsgrundlagen:

§ 127 - StPO Vorläufige Festnahme (Jedermannrecht!)

§ 32 StGB – Notwehr, **§ 13 StGB** – Begehen durch Unterlassen

Festgestellt wurden verbotene Unkenntnis von Grundrechtsverpflichteten,
oder bewusste und wissentlich begangene Rechtsverletzungen:

§ 7,5 VStGB - Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Folter

§ 81 StGB - Hochverrat gegen den Bund in Verbindung mit **§ 92 StGB**

§ 129 StGB, sowie **§ 129a StGB** - Bildung krimineller Vereinigungen

§ 226 StGB - Schwere Körperverletzung

- Es ist zum wissenschaftlich nachgewiesenen Allgemeinwissen geworden, dass nationalsozialistische verbotene Eingriffe in die Grundrechte und Menschenrechte und die Verletzung der obersten Vollmachtsregel stattfinden.
- Wir wissen, dass die Wahlgesetze seit 1956 mit der ranghöchsten Rechtsnorm, dem Bonner Grundgesetz in der genehmigten Verfassung von 1949 (Art. 21,1 u. Art. 38,1) NICHT vereinbar sind.

Daraus ergibt sich unzulässiger Weise, dass die Regierung und die Justiz und die sie versorgenden Finanzämter, einem „Virusprogramm“ gleich ist, das das Grundgesetz umgeht und den zu Schützenden (Präambel, Art. 1 und Art. 20 GG) **verrät, belügt und ausbeutet**.

Damit die zum Schutz der Bevölkerung eingestellten Bediensteten, nicht weiter im Irrtum oder absichtlich, Grundrechte und Menschenrechte brechen, müssen sie die versäumten, aber unbedingt erforderlichen Ausbildungsinhalte lesen und nicht weiter ignorieren.

Dazu wird hiermit die Haft zur Schulung gegen sie angeordnet.

Dies steht im Einklang mit den von ihnen selber anerkannten und von ihnen selber angeordneten Regeln. Aus Gründen ihrer eigenen Anwendung und Zustimmung, ist dieser Eingriff in ihre Grundrechte verhältnismäßig.

Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu ausgeführt, dass die Anordnung der Haft sowohl geeignet ist, einen Schuldner zur Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse zu veranlassen und dem Gläubiger Kenntnis über diese zu verschaffen, als auch dem Grundsatz der Erforderlichkeit entspricht, da ein milderes Mittel zur Sicherstellung des Erfolges nicht besteht und darüber hinaus der Schuldner die Freiheitsentziehung durch Abgabe der eidesstattlichen Versicherung jederzeit abwenden kann (vgl. dazu BVerfG NJW 1983, 559 ff.).

Die Freiheitsstrafe ist abwendbar, wenn der „Bringschuldner der Grundrechtverpflichtung“, die ihn verpflichtenden Rechtsgrundlagen aus Grundgesetz Art. 1-19 und Art. 25, UN-Res-A/RES/53/144 sowie Genfer Abkommen, liest und laut seiner Vertragsverpflichtung einhält.